



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

33. Sitzung (öffentlich)

14. Dezember 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als
ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz) 5**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2209

APr 15/278 (Protokoll der Anhörung)

Der als Tischvorlage unterbreitete Änderungsantrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Linken bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 15/2209 wird unter Einbeziehung der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Linken bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

2 Den Kommunen einen verlässlichen Rahmen für die schulische Umsetzung der UN-Behindertenkonvention geben! 13

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1793

In Verbindung mit:

„Auf dem Weg in ein inklusives NRW“ – Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen voranbringen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2361

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag Drucksache 15/1793 heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, zu dem Antrag Drucksache 15/2361 kein Votum abzugeben.

3 Gleicher Anmeldebeginn für alle Schulformen der Sekundarstufe I – Keine politische Steuerung herbeiführen 14

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3411

Der Antrag Drucksache 15/3411 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

4 Ausbildungschancen ergreifen – Warteschleifen möglichst vermeiden 22

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3412

Der Ausschuss kommt überein, die inhaltliche Beratung durchzuführen, sobald die mitberatenden Ausschüsse ihre Voten abgegeben hätten.

5 Verschiedenes

23

* * *

5 Verschiedenes

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer informiert, in der Sitzung am 18. Januar 2012 solle die Einbringung des Einzelplans 05 des Haushaltsplanentwurfes 2012 in diesem Ausschuss erfolgen. Zusätzliche Fragen könnten schriftlich an das Ministerium gesandt werden, die rechtzeitig vor der Folgesitzung beantwortet werden sollten.

Da der Haushalts- und Finanzausschuss beabsichtige, bereits im März den Haushalt 2012 abschließend zu beraten, müsse der Ausschuss für Schule und Weiterbildung sein Votum bis zum 2. März abgeben. Das erfordere zwei zusätzliche Sitzungstermine im Februar. Dafür werde nach Absprache mit den Obleuten vorgeschlagen, am 1. Februar 2012 den Einzelplan 05 zu beraten und am 29. Februar diesen abschließend zu besprechen und das Votum gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss festzulegen. – Dagegen erhebt sich im Ausschuss keinen Widerspruch.

Sodann spricht der Vorsitzende das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorgaben Drucksache 15/2944 an. In der letzten Sitzung habe die Fraktion Die Linke einen Änderungsantrag eingebracht. Man habe vereinbart, dazu eine Sachverständigenanhörung durchführen zu wollen. Der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration müsse nach der Geschäftsordnung eine solche Anhörung oder die Hinzuziehung von Experten zulassen und erneut beschließen, weil zu dem Gesetzentwurf bereits eine Anhörung stattgefunden habe. Mit dem AGSI, der erst am Nachmittag tagte, habe man Kontakt aufgenommen, mit der Bitte, heute einen Beschluss zu fassen, dass der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die beabsichtigte Anhörung durchführen dürfe. Die Fraktionen hätten in der Obleute-Runde verabredet, dass von den Fraktionen jeweils ein Experte oder eine Expertin benannt werden sollte. Wenn der AGSI, wie erwartet werde, der Hinzuziehung von Experten zustimme, könnte das Gespräch am 18. Januar durchgeführt werden. Allerdings müsse direkt im Anschluss an das Gespräch auch der Beschluss gefasst werden, weil der AGSI am gleichen Tag am Nachmittag abschließend beraten wolle.

Durch diese Regelung in der Geschäftsordnung solle verhindert werden, dass durch Kettenanhörungen Beratungsvorlagen unnötig verzögert würden.

Sigrid Beer (GRÜNE) weist darauf hin, falls gegen dieses Gespräch Bedenken aufkommen sollten, dass auf der Tagesordnung des kommenden Plenums ein Antrag zum Thema Mehrsprachigkeit stehe, der die Verankerung für ein solches Fachgespräch bieten könnte.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer wünscht abschließend den Sitzungsteilnehmern fröhliche, geruhsame und besinnliche Weihnachtsfeiertage und ein wunderschönes Jahr 2012.

gez. Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

Anlage

12.01.2012/18.01.2012

161